vinetur

Kartellverfahren gegen Brau Union: Entscheidung frühestens 2027

Vergleichsgespräche mit der österreichischen Wettbewerbsbehörde könnten ein langwieriges Verfahren wegen mutmaßlichen Missbrauchs der Marktmacht abwenden

Samstag, 21. November 2026



Brau Union, die zum Heineken-Konzern gehörende Brauerei, dürfte in ihrem österreichischen Kartellverfahren vor 2027 keine endgültige Entscheidung erhalten, sofern die Vergleichsgespräche mit den Behörden zu keiner Einigung führen.

In dem Verfahren geht es um den Vorwurf, Brau Union habe ihre marktbeherrschende Stellung in Österreich missbraucht. Wie Brauwelt International berichtet, ist für den 26. November eine letzte Zeugenvernehmung angesetzt. Österreichische Medien berichteten laut dem Fachmedium, Brau Union und die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) führten seit dem Spätsommer Vergleichsgespräche.

Sollten die Gespräche scheitern, werde eine Entscheidung im Jahr 2027 zunehmend wahrscheinlich, heißt es in dem Bericht. Eine Einigung wurde bislang nicht bekannt gegeben. Auch zu den diskutierten Bedingungen oder dazu, wie nahe die Parteien einer Vereinbarung sind, wurden keine weiteren Angaben gemacht.

Der Zeitpunkt ist relevant, weil die für den 26. November angesetzte Vernehmung offenbar die letzte noch ausstehende Zeugenvernehmung in dem Verfahren ist. Damit zeichnen sich zwei mögliche Wege ab: eine ausgehandelte Lösung zwischen der Brauerei und der Behörde oder eine formelle Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt. Beide Optionen könnten über die unmittelbar beteiligten Unternehmen hinaus Folgen haben, denn Kartellverfahren gegen große Bierhersteller können sich darauf auswirken, wie der Markt funktioniert.

Brau Union ist die österreichische Tochtergesellschaft von Heineken. Das Verfahren hat in der Braubranche Aufmerksamkeit erregt, weil es um den Vorwurf der Marktbeherrschung geht. Ein Vergleich könnte den Streit beilegen, ohne dass eine Gerichtsentscheidung im Jahr 2027 abgewartet werden muss. Kommt keine Einigung zustande, bleibt das Verfahren länger offen und die rechtliche Unsicherheit besteht für das Unternehmen, seine Handelspartner und seine Wettbewerber fort.

Der Streit hat auch weiterreichende Folgen für die Getränkebranche in Österreich. Ein Vergleich oder eine spätere Entscheidung könnte die Grenzen des geschäftlichen Verhaltens großer Brauereien abstecken und den Marktzugang kleinerer Bierunternehmen und Händler beeinflussen. Das Verfahren ist daher nicht nur für Brau Union und Heineken von Bedeutung, sondern auch für andere Unternehmen, die auf

dem österreichischen Getränkemarkt verkaufen, vertreiben oder im Wettbewerb stehen.

Vorerst richtet sich der Blick auf den 26. November, an dem die letzte Zeugenvernehmung stattfinden soll. Danach wird entscheidend sein, ob die Vergleichsgespräche mit der BWB zu einer Einigung führen. Gelingt das nicht, dürfte das Verfahren auf eine Entscheidung im Jahr 2027 zusteuern.